

6. Februar 2024

Herausgegeben vom Landeskirchenamt

> Lukasstraße 6 01069 Dresden

Tabea Köbsch Sprecherin T. 0351 4692–114

Matthias Oelke stellv. Sprecher T. 0351 4692-245

presse@evIks.de www.evIks.de

## "Wir übernehmen die Verantwortung"

## Gemeinsame Erklärung zur Aufarbeitungsstudie "ForuM"

DRESDEN / HANNOVER - Der Rat der EKD, die Landeskirchen sowie der Bundesvorstand der Diakonie Deutschland haben heute eine gemeinsame Erklärung zur Aufarbeitungsstudie "ForuM" veröffentlicht:

Gemeinsame Erklärung der Landeskirchen und des Rates der EKD sowie des Bundesvorstandes der Diakonie Deutschland zur Aufarbeitungsstudie "ForuM" vom 06.02,2024

- Die Ergebnisse der ForuM-Studie legen ein jahrzehntelanges Versagen der evangelischen Kirche und der Diakonie auf allen Ebenen und in allen Landeskirchen offen. Betroffene Personen wurden nicht gehört, Taten nicht aufgearbeitet, Täter geschützt und Verantwortung nicht übernommen. Sexualisierte Gewalt gehört zur Realität unserer Kirche und unserer Diakonie. Diese Einsicht nimmt uns in die Pflicht. Wir übernehmen die Verantwortung.
- 2. Mitte Februar wird das Beteiligungsforum zusammen mit Forschenden die Ergebnisse und Empfehlungen erstmals beraten. Wir unterstützen diesen Diskussionsprozess im Beteiligungsforum. Dort, in unseren Landessynoden und vor Ort in den Kirchenkreisen und Gemeinden sowie auf allen Ebenen der Diakonie werden wir uns mit den Ergebnissen der ForuM-Studie und ihrer Bedeutung für unsere Kirche und Diakonie transparent und offen auseinandersetzen.
- 3. ForuM macht deutlich, dass wir oft nicht einheitlich, nicht betroffenenorientiert und nicht mit der nötigen Initiative vorgegangen sind. Daher ist es richtig, dass nun Betroffenenvertreter\*innen sowie kirchliche und diakonische Beauftragte im Beteiligungsforum der EKD einen klaren Maßnahmenplan für die evangelische Kirche und Diakonie insgesamt entwickeln. Wir stehen hinter diesem Grundsatz der direkten Mitentscheidung von Betroffenenvertreter\*innen im Beteiligungsforum. Und wir verpflichten uns zu einheitlichen Standards der Prävention und Transparenz, einheitlichen Anerkennungsverfahren und einem einheitlichen Prozess der weiteren Aufarbeitung sexualisierter Gewalt.